

A2 Leitantrag: Mehr für viele, statt für wenige

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND RLP
Beschlussdatum: 13.10.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Anträge

Antragstext

1 Es ist Zeit für eine gerechtere Zukunft in Rheinland-Pfalz: Während einige vom
2 Wohlstand profitieren, bleibt für viele der Zugang zu grundlegenden Ressourcen
3 und Chancen eingeschränkt. Dies betrifft nicht nur den ländlichen Raum oder
4 sozial schwächere Schichten, sondern zieht sich quer durch die Gesellschaft:
5 Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen, Jugendliche, aber auch ältere
6 Menschen und Familien in prekären Lebenslagen spüren täglich Ungerechtigkeiten,
7 während die Reichen immer reicher werden.

8 Wir können nicht länger zusehen, wie sich diese Kluft vergrößert. Es ist Zeit
9 für einen grundlegenden Wandel: Eine gerechte Umverteilung von Ressourcen und
10 Chancen muss das Ziel sein. Der Anspruch „Mehr für viele, statt für wenige“ darf
11 keine Floskel bleiben, sondern muss in konkretes politisches Handeln übersetzt
12 werden. Rheinland-Pfalz kann und muss zum Vorbild werden, indem es den Zugang zu
13 fairer und guter Bildung, einer menschlichen und nicht profitorientierten
14 Gesundheitsversorgung, Mobilität und sozialer Teilhabe für alle sichert –
15 unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Wohnort.

16 Integration statt Ausgrenzung – Migration gemeinsam gestalten

17 Migration ist Teil unserer Realität. Menschen kommen nach Rheinland-Pfalz, weil
18 sie hier eine Zukunft suchen – sei es aus wirtschaftlichen Gründen, wegen Krieg
19 oder Verfolgung. Doch anstatt Integration zu fördern, erleben viele
20 Migrant*innen Hürden: sei es durch mangelnde Sprachförderung, erschwerten Zugang
21 zum Arbeitsmarkt oder Diskriminierung im Alltag. Eine faire Umverteilung von
22 Ressourcen bedeutet auch, dass Menschen mit Migrationshintergrund die gleichen
23 Chancen haben müssen wie alle anderen in unserem Land. Wir stehen unausweichlich
24 für ein Menschenrecht auf Asyl und werden nicht erst laut, wenn der Staat durch
25 Abschiebungen Bargeld in die Hände der Taliban gibt. Mit Terroristen verhandelt
26 man nicht!

27 Und auch die Bezahlkarte für Asylsuchende und Migrant*innen ist ein System, das
28 wir ablehnen, weil es Autonomie einschränkt und Menschen stigmatisiert. Statt
29 finanzieller Unterstützung in Form von Bargeld zwingt die Karte die Betroffenen,
30 in bestimmten Geschäften zu kaufen, was ihre Freiheit und Teilhabe stark
31 einschränkt. Durch die Karte können keine öffentlichen Verkehrsmittel genutzt
32 werden oder an sozialen und kulturellen Aktivitäten teilgenommen werden. Zudem
33 führt die Karte zu Ausgrenzung, da sofort sichtbar wird, dass jemand auf
34 staatliche Unterstützung angewiesen ist.

35 Deshalb fordern wir:

- 36 • Verbindliche Sprachförderung ab dem ersten Tag: Jede*r Migrant*in, ob neu
37 zugezogen oder schon länger hier, soll Zugang zu kostenlosen und
38 intensiven Sprachkursen erhalten.
- 39 • Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfachen: Die Hürden für die
40 Anerkennung beruflicher Qualifikationen müssen gesenkt werden, damit
41 Migrant*innen schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden können.
- 42 • Antidiskriminierung stärken: Auf allen Ebenen, ob in der Verwaltung, im
43 Bildungssystem oder am Arbeitsplatz, müssen wir Diskriminierung bekämpfen
44 und Menschen mit Migrationshintergrund die volle Teilhabe garantieren.
- 45 • Die Abschaffung der Bezahlkarte und direkte finanzielle Unterstützung in
46 Form von Bargeld, um den Menschen Selbstbestimmung und Würde zu
47 ermöglichen.

49 Gesundheit für alle

50 Ein Blick auf die Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz zeigt eine deutliche
51 Schieflage. Während in urbanen Gebieten der Zugang zu Ärzt*innen und
52 Krankenhäusern in der Regel gesichert ist, sieht die Situation auf dem Land
53 düster aus. Der Ärztemangel und die Schließung von Krankenhäusern führen dazu,
54 dass viele Menschen im ländlichen Raum weite Wege für die Gesundheitsversorgung
55 in Kauf nehmen müssen. Das kann nicht akzeptabel sein.

56 Wir wollen ein Gesundheitssystem, welches für alle da ist und setzen uns
57 deshalb ein für:

- 58 • Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sichern: Es braucht gezielte
59 Programme zur Ansiedlung von Ärzt*innen in strukturschwachen Regionen, z.
60 B. durch finanzielle Anreize und flexible Arbeitsmodelle.
- 61 • Krankenhäuser vor Ort stärken: Kleine Krankenhäuser im ländlichen Raum
62 müssen erhalten und finanziell gestärkt werden, um die Grundversorgung
63 sicherzustellen.
- 64 • Telemedizin ausbauen: Digitale Gesundheitsdienste müssen massiv gefördert
65 werden, damit ärztliche Beratung auch per Videosprechstunde möglich ist,
66 um Versorgungslücken zu schließen.
- 67 • Auch fordern wir, dass Profitdenken und die immer weiter fortschreitende
68 Entmenschlichung (Patien*innen als Ware) in unserem Gesundheitssystem
69 keine Rolle mehr spielen. Die Gesundheit ist das größte Gut eines jeden
70 Menschen, mit dieser handelt man nicht!

71 Bildung ist für alle da!

72 Bildung ist der Schlüssel zu sozialem Aufstieg, doch leider ist dieser Schlüssel
73 für viele in Rheinland-Pfalz schwer zugänglich. Noch immer hängt der
74 Bildungserfolg stark von der sozialen Herkunft und dem Wohnort ab. Schulen in
75 benachteiligten Stadtteilen oder ländlichen Regionen sind häufig schlechter

76 ausgestattet, und der Lehrkräftemangel verschärft die Situation. Wenn wir
77 gleiche Chancen für alle wollen, muss das Bildungssystem radikal gerechter
78 werden.

79 Unsere Forderungen enden nicht bei "mehr Schulsozialarbeit" und "mehr Geld für
80 Bildung für nachhaltige Entwicklung" sondern gehen über zu:

- 81 • Chancengleichheit von Anfang an: Kostenfreie und hochwertige frühkindliche
82 Bildung in Kitas muss garantiert sein, unabhängig vom Einkommen der
83 Eltern.
- 84 • Lehrkräfte entlasten: Rheinland-Pfalz braucht ein Sofortprogramm zur
85 Einstellung von mehr Lehrkräften, um kleinere Klassen zu ermöglichen und
86 eine individuelle Förderung sicherzustellen.
- 87 • Pädagogische Ausbildung der Lehrkräfte verbessern: Leider ist die
88 pädagogische Ausbildung oft mangelhaft und damit einher geht ein falscher
89 Umfang mit so verstandenen "Problemkindern", sowohl aus Überforderung als
90 auch mangelndem Verständnis. Da die Schule jedoch ein enorm wichtiger Teil
91 in der sozialen Entwicklung der Kinder ist und ihre Erfahrungen und der
92 Umgang mit ihnen hier ihr weiteres Leben und ihre Entwicklung prägen,
93 fordern wir eine massive Erhöhung der Quantität und Qualität der
94 pädagogischen Ausbildung der zukünftigen Lehrkräfte.
- 95 • Digitale Bildung für alle: Alle Schulen müssen flächendeckend mit moderner
96 IT-Infrastruktur ausgestattet werden. Schüler*innen sollen kostenlos
97 Laptops oder Tablets erhalten, um die digitale Spaltung zu überwinden.
98 Glasfaser für jede Schule
- 99 • Noten abschaffen: Noten sind nicht objektiv oder aussagekräftig, sie
100 schaffen lediglich eine Schule, die auf Konkurrenz und Egoismus basiert.
101 Das System funktioniert nur, wenn Schüler:innen zurückbleiben. Wir wollen
102 eine Schule die, Schüler:innen in den Mittelpunkt stellt. Es geht darum
103 das Beste aus jedem einzelnen zu machen.

104 Der Ländlicher Raum für alle:

105 Der ländliche Raum in Rheinland-Pfalz ist seit Jahren benachteiligt. Fehlende
106 Infrastruktur, schlechte Verkehrsanbindungen und der Rückzug von
107 Dienstleistungen führen dazu, dass immer mehr Menschen die Dörfer verlassen und
108 in die Städte ziehen. Das Ergebnis: Leerstand, wirtschaftlicher Niedergang und
109 soziale Isolation. Es darf nicht sein, dass der ländliche Raum von der
110 Entwicklung abgehängt wird. So legen wir den Nährboden für eine tiefreichende
111 Unzufriedenheit, bei welcher rechter Populismus einfach verfängt.

112 Wir wollen Schluss mit der Landflucht machen und setzen uns deshalb für:

- 113 • Schnelles Internet für alle: Flächendeckender Breitbandausbau muss zur
114 Priorität werden, damit der ländliche Raum wirtschaftlich und sozial
115 wieder attraktiv wird.
- 116 • Nahversorgung sichern: Es braucht staatliche Förderprogramme, um die
117 Grundversorgung im ländlichen Raum – von Einkaufsmöglichkeiten bis hin zu
118 Post- und Bankdienstleistungen – zu erhalten.
- 119 • Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe: Wir müssen die regionale
120 Wirtschaft durch gezielte Fördermaßnahmen stärken, um Arbeitsplätze vor
121 Ort zu schaffen und Abwanderung zu verhindern.

122 Freie Fahrt für alle

123 Ein funktionierender öffentlicher Personennahverkehr ist ein Grundpfeiler für
124 soziale Teilhabe. Doch der ÖPNV in Rheinland-Pfalz ist nicht nur teuer, sondern
125 oft auch unzuverlässig und schlecht ausgebaut, vor allem im ländlichen Raum.
126 Menschen ohne Auto sind hier massiv benachteiligt. Wenn wir eine gerechte
127 Gesellschaft wollen, müssen wir den ÖPNV radikal ausbauen und für alle
128 zugänglich machen.

129 Forderungen:

- 130 • Ein kostenloses D-Ticket für Schüler:innen und Menschen in prekären
131 Lebenssituationen
- 132 • Bessere Anbindung des ländlichen Raums: Der ÖPNV im ländlichen Raum muss
133 ausgebaut werden, mit häufigeren Verbindungen und besserer Taktung.
- 134 • Förderung von E-Mobilität im ÖPNV: Um den öffentlichen Verkehr
135 umweltfreundlicher zu gestalten, müssen mehr Elektrobusse und
136 emissionsarme Verkehrsmittel eingesetzt werden.

137 Eine gerechte und lebenswerte Zukunft für die Jugend

138 Junge Menschen sind die Zukunft unseres Landes, aber oft fehlt ihnen die
139 Unterstützung, die sie brauchen, um ihre Potenziale voll auszuschöpfen. In
140 vielen Regionen gibt es kaum Freizeit- und Bildungsangebote, und die Abwanderung
141 von Jugendlichen aus strukturschwachen Gebieten nimmt weiter zu. Wenn wir
142 verhindern wollen, dass der ländliche Raum weiter ausblutet, müssen wir den
143 jungen Menschen eine Perspektive bieten.

144 Wir wollen:

- 145 • Mehr Jugendzentren und Freizeitangebote: Junge Menschen brauchen vor Ort
146 sichere Räume, in denen sie sich entfalten können – besonders im
147 ländlichen Raum.
- 148 • Ausbildungsplätze schaffen: Es braucht ein landesweites
149 Ausbildungsplatzprogramm, das gezielt in ländlichen Regionen Arbeits- und
150 Ausbildungsmöglichkeiten fördert.
- 151 • Politische Teilhabe stärken: Jugendparlamente und Jugendräte müssen auf
152 Landes- und Kommunalebene mehr Mitsprachemöglichkeiten erhalten, um die
153 Belange der jungen Generation stärker zu berücksichtigen.

154 Mehr Gleichberechtigung und Unterstützung für Frauen statt Privilegien für
155 Wenige

156 Frauen* sind in vielen Bereichen nach wie vor benachteiligt. Ob im Beruf, bei
157 der Bezahlung oder in der politischen Teilhabe – die Gleichstellung ist noch
158 lange nicht erreicht. Frauen tragen oft die Hauptlast der Care-Arbeit und sind
159 in Führungspositionen unterrepräsentiert. Eine gerechte Umverteilung muss auch
160 die Gleichberechtigung der Geschlechter in den Fokus rücken.

161 Lasst uns die Verhältnisse zum tanzen bringen:

- 162 • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Die Lohnlücke zwischen Männern und
163 Frauen ("gender pay gap") muss geschlossen werden – dafür braucht es
164 verbindliche Maßnahmen.
- 165 • Stärkung der Frauenhäuser und Beratungsstellen: Frauen, die von Gewalt
166 betroffen sind, müssen besseren Zugang zu Schutz und Unterstützung
167 erhalten. Hierfür brauchen Frauenhäuser und Beratungsstellen eine stärkere
168 finanzielle Unterstützung.
- 169 • Abtreibungen innerhalb der ersten 3 Schwangerschaftsmonate müssen
170 legalisiert werden. Der Körper einer Frau gehört ihr ohne Kompromisse -
171 und keine andere Person als sie darf über ihn bestimmen.

173 Inklusion für alle: Barrieren abbauen, Chancen gerecht verteilen

174 „Mehr für viele statt für wenige“ müssen wir sicherstellen, dass niemand
175 aufgrund von Einschränkungen ausgegrenzt wird. Eine inklusive Gesellschaft
176 bedeutet, dass jede*r die Möglichkeit hat, sich gleichberechtigt einzubringen
177 und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

178 Besonders in ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz ist der Zugang zu
179 inklusiven Angeboten oft stark begrenzt. Schulen sind nicht ausreichend
180 ausgestattet, um den Bedürfnissen von Kindern mit Behinderungen gerecht zu
181 werden. Es fehlen barrierefreie Zugänge, spezialisierte Lehrkräfte und inklusive
182 Lernmaterialien. Der Zugang zu inklusiven Freizeitangeboten ist ebenfalls stark
183 eingeschränkt – viele Sportvereine, Jugendzentren oder kulturelle Einrichtungen
184 sind für Menschen mit Behinderungen nur schwer nutzbar.

185 Eine gerechte Umverteilung muss hier ansetzen: Inklusion braucht Investitionen
186 in Schulen, Freizeitangebote und öffentliche Räume, damit sie für alle
187 zugänglich sind. Es geht darum, die Barrieren im Alltag abzubauen und
188 sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichwertige Mitglieder der
189 Gesellschaft sind – ob im Bildungsbereich, am Arbeitsplatz oder in der Freizeit.

190 Unsere Forderungen sind daher klar:

- 191 • Barrierefreie Infrastruktur in Schulen, öffentlichen Verkehrsmitteln und
192 Freizeitstätten muss ausgebaut werden.
- 193 • Inklusionsförderung in Bildung: Mehr spezialisierte Lehrkräfte, kleinere
194 Klassen und ausreichend finanzielle Mittel, um individuelle Förderungen zu
195 ermöglichen.
- 196 • Zugang zu inklusiven Freizeitangeboten: Sport- und Kulturangebote sollen
197 für Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht und finanziell gefördert
198 werden.

199 Nur mit diese Maßnahmen können wir eine gerechte Umverteilung erreichen, die
200 sicherstellt, dass alle Menschen – unabhängig von ihren individuellen
201 Voraussetzungen – gleichberechtigt am Leben in Rheinland-Pfalz teilhaben können.

202 Gesellschaftliche Umverteilung in Rheinland-Pfalz bedeutet, das Ungleichgewicht
203 zwischen Stadt und Land, zwischen Arm und Reich, zwischen Geschlechtern und
204 Generationen zu überwinden. Wir wollen ein Land, in dem jede*r die gleichen
205 Chancen hat, unabhängig von der Herkunft, dem Wohnort oder dem sozialen Status.
206 „Mehr für viele, statt für wenige“ darf kein Lippenbekenntnis bleiben – es muss
207 zur politischen Realität werden. Es ist Zeit für eine gerechtere Zukunft in
208 Rheinland-Pfalz.